

# Geradeaus und dann scharf links?

## Die Frage »Wo bitte geht's zum Kommunismus?« war das Motto der Podiumsdiskussion auf der XVI. Rosa-Luxemburg-Konferenz. Einige Ausschnitte



Zum Abschluß die Internationale  
– Katrin Dornheim, Claudia  
Spatz, Moderatorin Ulla Jelpke,  
Bettina Jürgensen und Inge Vielt  
am Samstag in der Urania  
Foto: Christian  
Mang/Imagedeluxe

Auch linke Parteien, Vereinigungen und Gruppen gelten als von Männern dominiert – bei der Podiumsdiskussion zum Abschluß der XVI. Rosa-Luxemburg-Konferenz der *jungen Welt*, die am Samstag in der Berliner Urania stattfand, hatten erstmals ausschließlich Frauen das Wort. Moderiert von der innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, nahmen Bettina Jürgensen (DKP), Claudia Spatz (ALB), Katrin Dornheim (Betriebsratsvorsitzende) sowie die linke Aktivistin Inge Vielt Stellung zum Konferenz-Motto: »Wo bitte geht's zum Kommunismus?«

Bettina Jürgensen (Vorsitzende der DKP):

Als Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei meine ich, daß gerade wir zu der Fragestellung »Wo bitte geht's zum Kommunismus« einiges beitragen können.

Zunächst geradeaus und dann scharf links– das denke ich, ist eine wohl eher unbefriedigende Antwort. Und ich glaube auch, daß der Antikommunismus in diesem Land, durch den Gesine Löttsch so unter Druck gesetzt wurde, daß sie sich von diesem Podium verabschiedet hat, dazu führt, daß das vielleicht doch nicht ganz so einfach zu machen ist.

(...)

Die Frage »Wo bitte geht's zum Kommunismus?« möchte ich beantworten, ohne den demokratischen Sozialismus in irgendeiner Form zu versuchen anzusteuern, denn ich denke, das Thema Kommunismus und demokratischer Sozialismus sind doch zwei gänzlich unterschiedliche Systeme. Aber auch das hat Gesine, denke ich, doch deutlich gemacht in ihrem Redebeitrag.

(...)

Kommunismus ist ein anderes Gesellschaftssystem, er ist der grundsätzliche Bruch mit dem und die Überwindung des Kapitalismus. Die Geschichte zeigt allerdings, daß Übergänge vom Kapitalismus zum Kommunismus gestaltet werden müssen. Kommunismus ist nicht etwas, das durch Reformen und Gesetzgebung im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung beschlossen wird, sondern kann nur, wie es auch im Programm der DKP steht, durch die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.

Aber es steht die Frage, wie wir diese Verhältnisse überwinden. Sicher gibt es dazu unterschiedliche Wege, aber es wird nicht die Anzahl der Wege entscheiden. Wichtig erscheint mir, wer den Weg zum Kommunismus mitgeht und sich dann gemeinsam auf einen der möglichen Wege zu einigen. Wichtig ist, nicht vor der Tür stehenzubleiben, dieser Tür zum Kommunismus. Sie wird eben nicht per Gesetz geöffnet, weil es in den Parlamenten der kapitalistischen Gesellschaft keine Gesetzgebung geben kann, die sich und ihr System selbst abschafft.

Was ist also zu tun, damit diese Tür geöffnet wird? Meiner Meinung nach wird der Sozialismus oder Kommunismus nur in gemeinsamen Kämpfen der Arbeiterklasse und anderer gesellschaftlicher Kräfte erreicht, die dann die neue Gesellschaft auch gestalten müssen. Dazu sind nicht nur gemeinsame Kampf Erfahrungen wichtig, sondern auch die gemeinsame Diskussion des Ziels.

In den aktuellen Kämpfen bei uns sind oft Menschen aktiv, die sich punktuell für gemeinsame oder auch die eigenen Interessen einsetzen. Von manchen belächelt und als nicht gerade zur Revolution beitragend kritisiert, sehe ich da aber positive Ansätze: Es werden Kampf Erfahrungen gesammelt seitens der Organisation von Protest und Widerstand. Oder auch Erfahrungen mit der Reaktion der Herrschenden, die immer öfter mit staatlicher Willkür reagieren und mit Maßnahmen, die sich gegen ihre eigene, ihre bürgerliche Demokratie richten. Oft sind diese Kämpfe, in denen wir uns befinden, Abwehrkämpfe gegen den Sozial- und Demokratieabbau.

Doch es sind Kämpfe, die jetzt geführt werden, indem wir ein qualitativ neues Niveau erreichen können und müssen. Das zeigen meiner Meinung nach die Demonstrationen gegen »Stuttgart21«, gegen die Laufzeitverlängerung der Atomenergie und die Castortransporte. Das zeigt auch die sich entwickelnde Bereitschaft in gewerkschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen. Mit wem und für wen soll denn der Kommunismus erkämpft werden, wenn nicht von und für die Mehrheit der Bevölkerung?

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP gehen dabei davon aus, daß es heute in den Auseinandersetzungen um erste Schritte geht, die Macht des Kapitals zurückzudrängen oder aber einzuschränken. Deshalb bringen wir immer die Eigentumsfrage und damit die Machtfrage in die Diskussionen ein. Konkret geht es heute zum Beispiel um die Überführung der Großbanken und der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum bei – und das ist uns wichtig! – demokratischer Kontrolle. In all diese Diskussionen, Kämpfe und Auseinandersetzungen bringen alle Beteiligten ihre Erfahrungen ein, machen aber auch Lernprozesse durch – Kommunisten genauso wie andere. Eine der Erfahrungen und Lehre aus der Geschichte von Kommunisten ist es, daß wir heute breite Allianzen schaffen müssen, um Gegenmacht aufzubauen und das Kräfteverhältnis zu verändern. Dabei geht es noch nicht um den Kampf und Aufbau von Sozialismus oder gar Kommunismus.

Claudia Spatz, Antifaschistische Linke Berlin:

Der Kampf gegen den Kapitalismus ist für uns als bewegungsorientierte Linke immer in den alltäglichen Kämpfen gegen das System zu sehen. Es sind vielfältige Themenfelder, in denen wir uns bewegen: der Antifaschismus, der Antimilitarismus, auch die sozialen Kämpfe. Diese Themenfelder greifen ineinander, denn sich nur den Nazis in den Weg zu stellen, ist zu kurz gegriffen, wenn man nicht gleichzeitig die Systemfrage stellt.

Unsere Rolle dabei ist die Intervention in bestehenden Auseinandersetzungen, um dort die antikapitalistische und revolutionäre Perspektive einzubringen. Das heißt also: Im Bündnis nicht stehenbleiben bei der Forderung nach einem Mindestlohn oder nach generell mehr Geld, sondern aufzeigen, daß es jeweils um das System geht. Die Auseinandersetzung mit einem Teilaspekt kann sicher kurzzeitig eine Verbesserung der konkreten Situation bringen – letztlich ist sie aber doch nur ein Rumdoktern an den Symptomen des kapitalistischen Systems.

Dabei ist es wichtig, den Rahmen der bürgerlichen Demokratie immer wieder in Frage zu stellen. Wenn es Gesetze gibt, die zur Ausbeutung führen, wenn es Gesetze gibt, die Menschen kleinhalten, wenn es Gesetze gibt, die uns daran hindern, Protest zu verdeutlichen – dann stimmen diese Gesetze nicht, dann müssen wir uns auch nicht an diese Gesetze halten.

Die Mobilisierungsfähigkeit, das sehen wir immer wieder bei solchen Projekten, ist unterschiedlich. Es ist bei Einpunktprojekten – wie dem Naziaufmarsch oder auch dem Castortransport – viel leichter zu verdeutlichen als bei komplexen Themen. Das hat man letzten Herbst bei den sozialen Kämpfen gesehen.

(...)

Die Staatsform und der Staatsapparat, in dem wir uns bewegen, sind viel zu sehr verhaftet im kapitalistischen System – und ich kann nicht Teil dieses Staatsapparats werden, den ich ablehne. Der Parlamentarismus führt eigentlich nur zu der Illusion von Veränderbarkeit, denn die ist nur innerhalb der Grenzen dieses Systems möglich – aber genau das will ich ja überwinden. Also müssen wir nach Wegen außerhalb des Staatsapparats suchen. Das mag unter anderen Vorzeichen vielleicht eines Tages anders aussehen, aber wenn wir vom Jetzt ausgehen, ist das für mich erst einmal so.

Dabei ist in allen Themenbereichen der antifaschistische Kampf existentiell. Wie ich schon sagte – er muß immer gemeinsam mit dem Kampf gegen den Kapitalismus gesehen werden.

Katrin Dornheim (Betriebsratsvorsitzende in der Zentrale der DB Station & Service AG.):

Bettina hat mehr die theoretischen Ansätze gebracht, ich will etwas den praktischen Teil beleuchten.

(...)

Um auf das Thema der Konferenz zu kommen: Erfahrungen mit dem sogenannten realen Sozialismus habe ich bis 1989 noch selbst machen dürfen, und in der folgenden Zeit die Freude, aber auch die Unsicherheit über das, was da kommen mag, erlebt. Und man mußte ja den Kapitalismus erst mal kennenlernen.

Was sich allerdings in den letzten Jahren abspielt, macht mich wütend, denn ich sehe, daß der

Kapitalismus einen Großteil der Bevölkerung in die Katastrophe führen wird. Ich weiß nicht, welche Gesellschaftsform danach kommen muß, aber für mich ist klar, daß sich dieses System, so wie wir es jetzt erleben, überlebt hat.



Noch nie interessierten sich so viele Journalisten für die Rosa-Luxemburg-Konferenz  
Foto: Andreas Domma

Ich habe nicht die rechte Ahnung, ob das dann Sozialismus sein soll oder kann. Auf jeden Fall sollte man die Erfahrungen bis 1989 berücksichtigen und in deren Auswertung diese Gesellschaftsordnung weiterentwickeln.

Klar ist mir, daß die eventuell kommende Gesellschaftsform soziale Sicherungssysteme beinhalten muß, die nicht nur zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Klar ist mir auch, daß die Gesellschaft sich nicht mehr am Profit orientieren darf, oder daß das Eigentum an Produktionsmitteln nicht in Privathände gehört.

(...)

Bei all den negativen Auswirkungen der politischen Entscheidungen der letzten Jahre habe ich mich immer wieder gefragt, warum nichts passiert und wann die Massen aufstehen und endlich für ihre Belange auf der Straße kämpfen. Ein Grund liegt wohl darin, daß die Menschen, die noch Arbeit haben und die nicht schon wegen der Arbeitslosigkeit resigniert haben, durch ihre persönliche Situation, durch die Arbeitsverdichtung und wegen der wachsenden Anforderungen im Job am Abend echt platt sind.

Seit 1994 erleben wir Eisenbahner einen ständigen Rationalisierungsdruck. 1990 waren wir noch eine halbe Million – heute sind wir knapp 190000. Die Leute, die auf meinem Stellwerk tätig waren, finden sich teilweise in Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg wieder. Die sind so entwurzelt, daß sie den ganzen Tag damit zu tun haben, ihr Leben zu organisieren. An den Arbeitstagen sind sie in der Fremde, an den Ruhetagen pendeln sie hunderte von Kilometern nach Hause

(...)

Vor diesem Hintergrund kann ich froh sein, wenn Kollegen noch bereit sind, über den Tellerrand hinauszuschauen. Denn viele denken nur noch bis zum Werkstor. Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und Hintergründe zu erkennen ist viel zu kompliziert und die Bereitschaft dazu gering. Vielen meiner Kollegen müssen wir erst erklären, was ist ein Betriebsrat, was eine Gewerkschaft usw. Von Tarifaueinandersetzungen, von Arbeitskämpfen und auch davon, auf der Straße mal für seine Forderungen einzustehen, haben viele noch nichts gehört.

Noch dazu sind die Köpfe der Leute voll mit dem neoliberalen Gewäsch der letzten 35 Jahre. Da gibt es Sätze wie: »Der Staat kann nicht wirtschaften« oder »Soziale Standards sind zu teuer, sie bremsen die deutsche Wirtschaft aus« Derartiger Müll ist mittlerweile in den Köpfen verankert. Es gibt ja den schönen Spruch: Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden.

(...)

Der letzte Grund fehlender massiver Proteste ist aber die Meinung, daß Widerstand nichts bringt, daß die da oben so weitermachen wie bisher – egal, was kommt. Die Frage lautet dann immer: Was wurde denn in den letzten Jahren nennenswert verhindert? Letztes Beispiel sind die Privatisierungen, die durchgeführt wurden. Und die Gewerkschaften haben an dieser Desillusionierung der Bevölkerung einen großen Anteil, indem sie solche Prozesse konstruktiv begleitet haben. Die Tätigkeit der Gewerkschaften hat sich mehr und mehr auf einen ganz kleinen abgegrenzten Bereich im Betrieb oder im Unternehmen zurückgezogen. Solidarität ist auch unter den Gewerkschaften leider zum Fremdwort geworden.

(...)

Wichtig ist letztlich, daß wir das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen wiedergewinnen und sie selbst das Vertrauen in sich und ihre eigene Kraft wieder erlernen. Nur dann haben wir überhaupt die Grundlage, um wieder über Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen zu reden.

Inge Viett (linke Aktivistin, ehemals Mitglied der Bewegung 2. Juni):

Wie wir am Beispiel Gesine Löttsch gesehen haben scheint es in diesem Land schon ein Verbrechen zu sein, überhaupt über gesellschaftliche Alternativen zu debattieren. Eine solche ist für mich, daß wir die Grundfesten der alten Gesellschaften überwinden müssen. Damit befasse ich mich in meinem Beitrag.

(...)

Es mangelt ja nicht an linken Analysen über die kapitalistischen Verhältnisse. Im Grunde kommen alle zu demselben Ergebnis: Man ist sich einig, daß die Klassenwidersprüche sich global und auch vor der Haustür verschärfen und zuspitzen. Und mit ihnen die gesellschaftlichen Verwerfungen: Das soziale Elend wächst, irrationale Aggressionen nehmen zu, es gibt Kriege und abrupte soziale Aufstände.

Was machen die Herrschenden? Sie bauen einen Repressionsapparat dagegen auf – einen Apparat aus Kontroll- und Überwachungsmechanismen, aus Polizei, Justiz, Geheimdiensten und Militär. Und – nicht zu vergessen – aus einem Heer von Sozialfunktionären. Mit der Folge, daß sich die legalen Bedingungen für einen sozialen und politischen Wandel, nämlich die demokratischen Rechte und Räume, rapide verengen. Das ist die allgemeine Diagnose aller marxistischen Analysen. Diese Entwicklung spitzt sich seit 20 Jahren zu – die Marxistische Linke steckt aber immer weiter zurück. Je schärfer und differenzierter die Analysen, desto verzagter die konkrete Praxis, die Vorstellung, wie wir etwas verändern können. Es ist ja alles so schlimm und hoffnungslos, daß wir nur noch ganz kleine Brötchen backen können.

Dabei gibt es doch überall widerständische Bewegung. Ein wahres Sammelsurium von Aktivitäten, »Stuttgart 21«, Ökologiebewegung, Antiatombewegung, viele kleine Aktivitäten, viele kleine Bürgerinitiativen gegen soziale Verluste, gegen Militarismus, gegen Rassismus, gegen Faschismus, spontane, geplante, militante und friedliche Aktionen, Demonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen. Allein, es mangelt an zusammenfassenden Strukturen, die diesem Sammelsurium einen geschlossenen, antikapitalistischen Ausdruck geben können.

(...)

Was wäre eine revolutionäre Strategie? Sie kann sich nur entwickeln mit dem Aufbau einer revolutionären Organisation. Einer Organisation, die im Marxismus wurzelt, die die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und die klassenlose Gesellschaft als perspektivisches Ziel hat – und die die Erfahrungen der verschiedenen revolutionären Prozesse in den Aufbau ihrer Strukturen eingehen läßt.

(...)

Eine Organisation oder Partei kann fortschrittlich, antikapitalistisch, marxistisch-leninistisch sein – aber sie ist nicht revolutionär, wenn sie nicht in bestimmten Bereichen klandestin ist, zum Beispiel in der Kommunikation, in den Strukturen, in den Verantwortlichkeiten. Nicht die revolutionäre Theorie macht eine Organisation zu einer revolutionären Organisation, sondern allein ihre kämpferische Praxis.

Und so eine Praxis stößt unweigerlich auf Repression, weil die Eigentumsfrage nicht im bürgerlichen Rechtsrahmen gelöst wird; das kapitalistische Gewaltmonopol zerfällt nicht einfach. Eine revolutionäre Organisation kann die bürgerliche Rechtsordnung nur als taktischen Bezug begreifen, aber nicht als naturgegeben unveränderlichen. Jede Rechtsordnung ist temporär. Sie ist historisch.

Konkret heißt das z.B., wenn Deutschland Krieg führt und als Antikriegsaktion Bundeswehrausrüstung abgefackelt wird, dann ist das eine legitime Aktion, wie auch Sabotage im Betrieb an Rüstungsgütern. Auch wilde Streikaktionen, Betriebs- oder Hausbesetzungen, militante antifaschistische Aktionen, Gegenwehr bei Polizeiattacken etc. Eine revolutionäre Partei muß sich entschlossen hinter diese Kämpfe stellen, sie politisch einordnen und sie verteidigen, den Aktivisten ideologischen und rechtlichen Schutz geben und nicht den bürgerlichen Pazifismus, die bürgerlichen Gesetze in Front zu ihnen bringen.

(...)

So eine Organisation ist als revolutionärer Aufbauprozess und als strategisches Klassenprojekt zu verstehen. Sie wird nicht am Reißbrett entworfen, sie muß sich lernend entwickeln. Es gibt eine große Unzufriedenheit mit den traditionellen linken Strukturen und ein Bedürfnis für eine kämpferische kommunistische Organisation, vor allem bei jungen Aktivisten. Sie trauen – bei allem Respekt – den jetzigen Strukturen keinen Aufbruch aus der Befangenheit traditioneller Politikformen mehr zu.

JW v. 10.1.2011